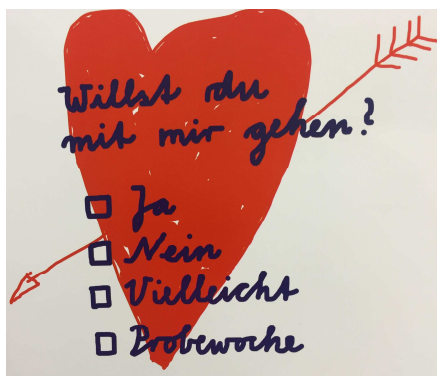




Nummer 4 | November 2017



Liebe Leserin, lieber Leser,

am 24. September bin ich in unserem Wahlkreis als Abgeordnete bestätigt worden und darf unsere Region weiterhin im Bundestag vertreten. Darüber habe ich mich sehr gefreut, zumal das Direktmandat nun- nach 2009 und 46 Jahren „Abstinenz“, zum 3. Mal in Folge von uns errungen wurde. Historisch! Auch auf diesem Wege danke ich daher allen meinen Unterstützern, denn alleine kann man diese Herausforderung nicht schultern. Voller Elan und dem Selbstverständnis, wie gewohnt sich den Aufgaben zu stellen, bin ich in Berlin und im Wahlkreis unterwegs.

Dass die Sondierungsgespräche mit vier Verhandlungspartnern schwierig werden würden, war uns sicherlich klar. Wichtig ist mir zu sagen, dass im Gegensatz zur Darstellung in den Medien, CDU und CSU mit „einer“ Stimme verhandelt haben, zumal vorab auch einheitliche Positionen zu wichtigen Eckpunkten vereinbart wurden: Innere Sicherheit, besserer Chancen für Familien, der Migrationspolitik oder auch in Bezug auf die Finanzen. Dass sich die SPD schon am Wahlabend und die FDP nach 4 Wochen Sondierung, trotz Zusagen in für sie wichtigen Themenfeldern, aus der Verantwortung stiehlt, einfach unglaublich! Auch ich will keine Einigung, um jeden Preis! Jedoch muss es nach meinem Verständnis unter Demokraten möglich sein, ziel- und sachorientiert zu verhandeln. Wir können doch nicht so lange wählen, bis das Ergebnis passt! Zumal eine eventuelle Neuwahl absehbar nicht zu wesentlich anderen Stimmenergebnissen führen wird. Eine Minderheitsregierung kann ich mir in Hinblick auf Europa und die derzei-

tigen weltweiten Herausforderungen nicht vorstellen. Auch aus der Notwendigkeit einen vernünftigen Haushaltskurs fortzuführen, setze ich daher darauf, dass sich unsere potenziellen Partner noch besinnen und an der Bildung einer tragfähigen Regierung beteiligen. Die Liberalen plakatieren im Wahlkampf „Nichtstun ist Machtmissbrauch“! Dem ist nichts hinzuzufügen. Wenn wir nicht noch mehr Politikverdrossenheit und Wasser auf die „rechten und linken Mühlen“ geben wollen, müssen wir uns als gewählte Vertreter zügig den vor uns liegenden Aufgaben stellen: Bildung, Migration, Digitalisierung, Ärztemangel, Pflege, Die Liste lässt sich beliebig fortsetzen, die Antworten können wir nur mit einer am Gemeinwohl orientierten Politik geben.

Ich bin gespannt!

Jhwe
Astrid Grotelueschen

Auf den Inhalt kommt es an ...

Mit dem Abbruch der Sondierungsgespräche durch die FDP mit der Aussage „lieber gar nicht regieren, als falsch“ wird der Eindruck erweckt, es hätte zu wenig Gemeinsamkeiten oder gar keine Zugeständnisse in Richtung Liberale gegeben.

Das Gegenteil ist der Fall, zumal ich persönlich auch der Auffassung bin, dass bei einem Zweitstimmenanteil von 10,7% FDP und 8,9 % bei den Grünen, die Union

politisch auch als stärkste Kraft sichtbar bleiben muss. In vielen Bereichen waren sich die Verhandlungsführer -inklusive der FDP-bereits einig. Dies umfasste Themen, für die ich mich mit meinen Unionskollegen seit Jahren einsetze.

So sollten Familien durch ein um 25 Euro höheres Kindergeld, den Rechtsanspruch auf Betreuung von Grundschulkindern und ein Baukindergeld bessergestellt werden.

Auch in puncto Gesundheit hatte man sich auf ein Sofortprogramm mit mehr Finanzmittel und mehr Arbeitskräfte in der Alten- und Krankenpflege geeinigt.

Im Bereich Landwirtschaft lag am Ende sogar ein finaler Verhandlungsstand vor. Darin war festgelegt, dass bäuerliche Landwirtschaft finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung von mehr Tierwohl erhalten muss.

Mit einem Anreizprogramm sollte

durch die Förderung des ländlichen Raumes eine weitere Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse erreicht werden.

Bei dem wichtigen Thema „Flucht und Asyl“ wurde unser Vorschlag die Aufnahme von Flüchtlingen aus humanitären Gründen bei der Zahl von ca. 200.000 zu begrenzen und die Anzahl der sicheren Herkunftsstaaten auszuweiten, sowohl von FDP als auch den Grünen als Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen akzeptiert. Sogar hinsichtlich der von uns eingeforderten Beibehaltung des eingeschränkten Familiennachzugs war eine Einigung greifbar nah. Um gerade Menschen mit niedrigeren und mittleren Einkommen zu

entlasten, sollte der Soli in dieser Wahlperiode für drei Viertel aller Bürger abgeschafft werden. Steuerentlastungen sollten vor allem Geringverdienern, Verbesserungen bei der Rente vor allem Frauen mit niedriger Rente zu Gute kommen.

Die Innere Sicherheit wollten wir gemeinsam mit FDP und Grünen durch zusätzliche Polizeistellen und mehr Videoüberwachung verbessern. Anbei finden Sie noch eine Liste, der Fraktion, die Ihnen einen Überblick über die Eckpfeiler in den einzelnen Bereichen gibt. Hört sich für den Start in Koalitionsverhandlungen aus meiner Sicht vernünftig an, oder?

Dass zur Politik Kompromisse gehören, weiß ich aus Erfahrung und jeder, der schon einmal politisch aktiv war, musste sich sicherlich schon einmal, mit Blick auf das Ganze oder auch hinsichtlich der Praxistauglichkeit, nachgeben. Meines Erachtens sind wir den anderen Parteien mit unserer Verhandlungsbereitschaft, bezogen z.B. auf eine gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften, beim Angebot, die Kohleverstromung zu reduzieren und der Einführung einer nur anlassbezogenen Datenspeicherung weit entgegengekommen. Insgesamt will ich unseren Verhandlungsführern für ihren Einsatz danken. Ich hoffe, dass wir in Kürze daran vielleicht wieder anknüpfen können.

Wie geht es jetzt weiter?

Die Ausschüsse des Deutschen Bundestages entsprechen immer dem Zuschnitt der Ministerien, um diese zu kontrollieren. Da bisher noch keine Regierung steht und keine Ministerposten vergeben sind, konnten die Fachausschüsse des Bundestages ebenfalls noch nicht eingesetzt werden. Damit der Bundestag handlungsfähig ist, hat er in der vergangenen Sitzungswoche drei Ausschüsse eingesetzt:

1. Den Hauptausschuss mit 47 Mitgliedern, an den Vorgänge aus dem Bundestagsplenum überwiesen werden und der vorläufig auch über den Haushalt bestimmt.
2. Den Petitionsausschuss, um den Bürgern das Grundrecht nach Artikel 17 des Grundgesetzes zu ermöglichen, sich schriftlich an die Volksvertretung zu wenden.

3. Den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnungen, der darüber entscheidet, ob ein Abgeordneter im begründeten Fall seine Mitgliedschaft verliert.

Kanzlerwahl

Die Bundeskanzlerin wird vom Bundestag gewählt und bis dieser sie im Amt bestätigt, amtiert sie nur geschäftsführend. Sie kann laut Grundgesetz nicht die Vertrauensfrage stellen und der Bundestag kann ihr nicht das Misstrauen aussprechen.

In welcher Frist eine Kanzlerwahl stattzufinden hat, wird von Grundgesetz nicht festgelegt, jedoch hat in einem künftigen ersten Wahlgang der Bundespräsident das Recht, einen mehrheitsfähigen Kandidaten für das Amt des Bun-

deskanzlers vorzuschlagen. In diesem ersten Wahlgang benötigt der Kandidat oder die Kandidatin eine absolute Mehrheit von 355 Stimmen (sog. Kanzlermehrheit), um gewählt zu werden. Erreicht sie diese nicht, muss binnen 14 Tagen eine zweite Wahl stattfinden, in der das Vorschlagsrecht beim Bundestag liegt. Auch hier ist eine Kanzlermehrheit erforderlich, um gewählt zu werden.

Kommt erneut kein Ergebnis zustande, beginnt zum nächstmöglichen Termin ein dritter Wahlgang. Hier reicht die relative Mehrheit, um einen Wahlsieger festzustellen.

Im Anschluss steht dem Bundespräsidenten das Recht zu, den mit relativer Mehrheit Gewählten zum Minderheitskanzler zu ernennen oder den Bundestag aufzulösen. In letzterem Fall müssten binnen 60 Tagen Neuwahlen stattfinden.



Astrid Grotelüschén MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de
Tel.: +49 30 227-74607
Fax: +49 30 227-76608

Bürgerbüro

Zwischenbrücken 5b
27793 Wildeshausen
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de
Tel.: +49 4431 9554526
Fax: +49 4431 9554527

Bürgerbüro

Lange Straße 62
27804 Berne
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de
Tel.: +49 4406 9729966
Fax: +49 4406 9729969